

Format de citation

Nagopoulos, Nikos: Rezension über: Björn Egner / Georgios Terizakis, Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden: Nomos, 2009, in: Comparative Southeast European Studies, 58 (2010), 4, S. 633-635, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/e0bb8f49694094793bd49a756a332ed8>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

BUCHBESPRECHUNGEN

Björn EGNER / Georgios TERIZAKIS (Hgg.),
Das politische System Griechenlands.
Strukturen, Akteure, Politikfelder.
Baden-Baden: Nomos 2009, 312 S.,
ISBN 978-3-8329-4018-8, 24,90 €

Der vorliegende Band zum politischen System Griechenlands bestätigt zunächst, dass Strukturen, Funktionen und Inhalte moderner politischer Systeme neben den typischen demokratischen Institutionen zunehmend auch soziale Akteure und informelle Gruppierungen meinen, die Einfluss auf die politischen Organe und die Gestaltung der Politik nehmen. Diese erweiterte politische Beteiligung der Zivilgesellschaft konstituiert unbestritten demokratische Prinzipien, die mit den klassischen Grundlagen moderner politischer Systeme verschmolzen sind.

Griechenland ist nicht das repräsentativste Land der EU, in dem die vorstehend angeführten Grundlagen gelten (B. EGNER / G. TERIZAKIS, *Das Politische System Griechenlands. Gleichzeitigkeit von Semiperipherie und Postmoderne?*, 9-19). In der politischen Zeitgeschichte des Landes existierten die Voraussetzungen für eine autonome, von staatlicher Abhängigkeit freie Entwicklung kollektiver und genossenschaftlicher Organisationen nur bedingt oder gar nicht. Verspätet entstand eine Zivilgesellschaft, deren Kohärenz und Verhandlungsmacht durch unzulängliche Organisation schwach gehalten wurde und kein Pendant zu den formalen politischen Institutionen war, was die Lösung von Problemen anging.

Die sich im Rahmen einer konstanten politischen Bipolarität abwechselnd an der

Macht befindlichen Parteien kontrollierten nicht nur, in hegemonialer und korporatistischer Manier, einen großen Teil der Zivilgesellschaft, insbesondere der sozioökonomisch definierten Interessengruppen sowie der Gewerkschaften, sondern auch die staatlichen Mechanismen der zentralen öffentlichen Verwaltung und die politischen Entscheidungen der regionalen Behörden. Dadurch prägte eine negative Diskontinuität die Modernisierung und Europäisierung Griechenlands, die durch ausgeprägte interpersonelle Machtbeziehungen und Abhängigkeiten im Verwaltungssystem gekennzeichnet ist. Eine Bürokratie im Weberschen Sinne mit unpersönlichen und von der Staatsmacht unabhängigen Institutionen fehlt in diesem politischen System. Veranschaulichen lässt sich dies anhand der Modernisierungsversuche in der kommunalen Selbstverwaltung hin zu einer autonomen lokalen Politik (Nikos K. HLEPAS / Panagiotis GETIMIS, *Mit dem Blick nach Athen: Lokalpolitik zwischen Staatszentrismus, Parteipolarisierung und sozialer Fragmentierung*, 247-274). Im Buch fehlt indes – trotz seiner thematischen Breite – ein Kapitel, das darüber hinaus die starken Abweichungen vom weberianischen Idealtypus der Bürokratie analysierte, was sicherlich ein Defizit darstellt.

Den Autoren der einzelnen Kapitel sind einige analytische Punkte gemeinsam: beispielsweise die Betonung der Besonderheiten Griechenlands im Vergleich zu den anderen Ländern der EU-Familie sowie des Umstandes, dass sich der Begriff des politischen Systems und seiner Legitimierung weder ausschließlich auf Staatsbildungstheorien beschränke noch auf die

Möglichkeiten und Grenzen von Wahlsystemen. Im Gegenteil erfordere die den demokratischen Umgestaltungsprozessen der politischen Systeme westlicher Demokratien eigene Rechtsstaatlichkeit eine umso größere Legitimierung des Systems, das maßgeblich auch durch die Gesellschaft an der Basis mitbestimmt werde. Die verschiedenen sozialen Institutionen seien nicht nur grundlegend für Kommunikation und Beziehungen, sondern beeinflussten mehr oder weniger auch die Entscheidungsverfahren innerhalb des politischen Systems (Björn EGNER, Von der verstärkten Mehrheitswahl zur Koalitionsregierung? Wahl- und Parteiensystem im Wandel, 123-137).

Die nicht zuletzt in der Parteien-Bipolarität und den traditionellen politischen Netzwerken begründete Ineffizienz und der Paternalismus in der Staatspolitik scheinen langsam abzunehmen und zumindest sporadisch einem tatsächlichen sozialen Pluralismus zu weichen (Peter ZERVAKIS, Staat und Verwaltung im festen Griff der Parteien: Kontinuität und Wandel des griechischen Parteienstaates, 61-91). Diese Entwicklung, die auch als „Erwachen der Lebenswelt“ (Habermas) und des tertiären Sektors bezeichnet werden kann, erweitert die Möglichkeiten und Forderungen nach einem erneuerten und breiteren gesellschaftlichen Dialog. Allerdings sei ein nachhaltiger Wandel, insbesondere im Wechselverhältnis zwischen dem politischen System und der politischen Kultur im partizipativen Sinne, noch kaum zu erkennen (Gustav AUERNHEIMER, Politische Kultur: Modernisierung und Europäisierung einerseits, Tradition und Identität des „Griechentums“ andererseits, 91-123).

Die Macht der jeweiligen Regierung werde vor allem und in größerem Ausmaß anhand ihres direkten Einflusses auf die Legislative deutlich, wobei insbesondere im rechten politischen Spektrum bei der Ernennung von Gerichtsfunktionären an den Verfassungsgerichten deren Parteizugehörigkeit vorausgesetzt werde (Michael STOR-

BER, Griechenland im Vergleich politischer Systeme. Eine Bestandsaufnahme mit Hilfe der Vetospielertheorie, 19-39). Eine solch starke Verknüpfung parteipolitischer und gesetzgebender Macht sei auch maßgeblich für die Schwäche der Gewerkschaften sowie von zivilgesellschaftlichen Initiativen (Georgios TERIZAKIS, Zivilgesellschaft, Verbände und dritter Sektor: informelle Effektivität und formale Unprofessionalität, 141-172). Und schließlich hinterlasse die Machtdemonstration des Parteienstaates ihre Spuren auch in den Massenmedien, obwohl früher dominante Kontrollmechanismen allmählich durch Regelsysteme ersetzt werden (Nikolaos GEORGAKIS, „Der Grossaktionär“ oder: Politik und Medien in Griechenland im Spannungsfeld von Ware, Wahrheit und Brüssel, 173-203).

Die erwähnte Parteien-Bipolarität (*PA-SOK* und *Neue Demokratie*) sei nicht zuletzt durch mangelnde parteiinterne demokratische Strukturen sowie einen stark ausgeprägten Hang zu populistischen Maßnahmen charakterisiert. Der Umstand, dass hierdurch viele Kooperationen und langfristige Koalitionen innerhalb des politischen Spektrums vereitelt wurden, sei maßgeblich für die ökonomische und politische Bilanz Griechenlands nach fast drei Jahrzehnten EG/EU-Mitgliedschaft (Heinz-Jürgen AXT, Außenpolitik: Vom Populismus zur kalkulierten Europäisierung, 203-227). Ob das Mehrheitswahlsystem eine Kooperation der Parteien auf der Regierungsebene verhindert oder ob letztendlich die Unvereinbarkeit der politischen Ideologien diese Option ausschließt, scheint schwer zu beantworten, womit auch unklar bleibe, ob eine Änderung des Wahlsystems die politische Realität beeinflussen könnte (ZERVAKIS, Staat und Verwaltung).

Die gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Geschichte Griechenlands resultierte in einer Ambivalenz bezüglich des Erhalts der stark konservativen griechisch-

orthodoxen Tradition einerseits und dem Streben nach einer europäischen Konvergenz andererseits. Angesichts wachsender, durch die Wirtschaftskrise akut gewordener sozialer Probleme und der faktischen politischen Handlungsunfähigkeit beispielsweise in Bezug auf den erhöhten Zufluss an Zuwanderern, scheinen vor allem die konservativen Kräfte ihre Position wieder stärken zu können (Xanthi PETRINIOTI, Ad-hoc und Post-hoc: Migrationspolitik wider Willen, 275-309).

Die vorstehend genannten Aspekte machen das politische System Griechenlands in vielerlei Hinsicht zu einem prekären. Allerdings stimmt der Rezensent nicht mit der eher anthropologischen Einschätzung überein, dass die Parteistrukturen dem Klientelismus geschuldet seien. Auch im auf politischer Ebene eher traditionell geprägten Griechenland sind ökonomische Interessen und politisches Machtstreben maßgeblich (Stoiber, Griechenland im Vergleich politischer Systeme).

Fast paradox erscheint es, dass die Notwendigkeit institutioneller und sozialer Reformen in Griechenland kaum angezweifelt wird. Die Debatte über den Inhalt der Reformen allerdings birgt großes Konfliktpotential. Die in Umsetzung befindliche regionale und administrative Dezentralisierung im Rahmen der europäischen Regionalpolitik, deren jahrelange Verzögerung zum Erhalt verschiedener Missstände beigetragen hat, ist ein anschauliches Beispiel dafür (Christos PARASKEVOPOULOS / Panagiotis GETIMIS / Leeda DEMETROPOULOU, Griechenland als Gegenstand europäischer Kohäsionspolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds, 229-245). Sie zeigt auch die historischen Bezugspunkte des griechischen Nationalismus und die ideologische Ambivalenz der Beziehung Griechenlands zu Europa auf (Ioannis ZELEPOS, Nationsbildung und Nationalismus in Griechenland, 39-61).

Der Titel des hier angezeigten Bandes lässt eine strengere Struktur und logischere

Reihenfolge der einzelnen Kapitel erwarten, um dem Leser ein kohärenteres Bild des politischen Systems in Griechenland zu verschaffen. Allerdings kann die hier vorgelegte thematische Breite die weitere Diskussion durchaus in einer Weise anfangen, die über die klassischen politischen Systemtheorien hinausgeht. Der Sammelband richtet sich insbesondere an Soziologen, Politikwissenschaftler und Historiker sowie an Leser, die an vergleichenden Analysen angewandter politischer Systeme, Formen der öffentlichen Verwaltung sowie der Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik interessiert sind. Was die politische Zeitgeschichte Griechenlands angeht, so veranschaulicht der Band die Charakteristika und den Wandel des politischen Systems im Rahmen seiner Demokratisierung und der Legalisierung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Neben eher klassischen Analysen, die sich auf die Grundmerkmale des politischen Systems konzentrieren, werden Themen aus dem Feld der politischen Partizipation aufgegriffen. Insgesamt ergibt sich ein umfassendes Bild des griechischen politischen Systems, seines gesellschaftlichen Zusammenhalts und seiner Verinnerlichung der europäischen Institutionen, das erhellende Schlaglichter auf die strukturellen Ursachen für die aktuelle Wirtschaftskrise wirft.

Nikos Nagopoulos (Lesbos)

Sabrina P. RAMET (Hg.), Central and Southeast European Politics since 1989. Cambridge: Cambridge University Press, 2010, XXV, 563 S., mit zahlreichen Tabellen und zwei Karten, ISBN 978-0-521-88810-3; 978-0-521-71616-1 (Paperback), £ 19,99

Vorzustellen ist ein Buch, das geradezu eine Marktlücke füllt. Den Hauptteil des in der Einleitung als *textbook* bezeichneten